

Eine andere Welt ist möglich!

Zehntausende trafen sich Ende März zum 11. Weltsozialforum in Tunis

Auch 26 Kolleg_innen unserer Gewerkschaft waren bei diesem ‚Arabischen Frühling‘ mit von der Partie. Mit Menschen aus der ganzen Welt demonstrierte die GEW-Delegation für mehr Demokratie und Solidarität. Drei Workshops der GEW bereicherten das vielfältige Veranstaltungsprogramm und machten Kinderarbeit, Bildung in Zeiten von staatlicher Sparpolitik und Gewerkschaftsrechte in der Türkei zum Thema beim Sozialforum.

Unter dem Eindruck der breiten Bewegung für mehr Freiheit und Demokratie war die Entscheidung für Tunis als Veranstaltungsort des Weltsozialforums (WSF) gefallen. Der Internationale Rat des WSF unterstützte damit nicht nur das Zusammenkommen der sozialen Bewegungen im arabischen

Raum, sondern verhalf auch zu einer Vernetzung und Solidarisierung weltweit. Die Menschen, die beim WSF zusammenkommen, eint das Motto: Eine andere Welt ist möglich! In Afrika fand es bereits 2007 in Nairobi und vor zwei Jahren in Dakar statt. Zum ersten Mal gab es nun ein Treffen in einem arabischen Land.

Schon die Auftaktveranstaltung des Weltsozialforums in Tunis beeindruckte: Über 30.000 Menschen zogen in der Nachmittagssonne singend und tanzend durch die Straßen. Das Meer von Fahnen und Plakaten ließ die „Arabellion“ für mehr Demokratie und Menschenrechte wieder lebendig werden. Startpunkt der Demonstration war der Platz des 14. Januars – das Datum erinnert an den Zusammenbruch des diktatorischen Regimes in Tunesien. Der Regierung Ben Alis wurde

vor zwei Jahren mit andauernden Protesten ein Ende gesetzt. Im März 2013 sind allerdings auch in Tunesien viele Ziele noch nicht erreicht. Das Land hat immer noch keine neue Verfassung und das Ringen um Freiheit und Demokratie geht weiter. Die autokratische Herrschaft, die sich lange mit dem Verkauf von Erdöl finanzierte, verhinderte nicht nur die Emanzipationsbewegungen, sondern sicherte über Jahrzehnte auch die Versorgung der Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund bleibt es deshalb eine Herausforderung für manche Tunesier_innen, sich offensiv für ihre Belange einzusetzen. Dies wurde auch bei vielen der Veranstaltungen beim Sozialforum deutlich.

Auch auf dem Weg zur Universität blieb unübersehbar, wie viele Orte in dieser Stadt von der Öffentlichkeit abgeriegelt werden. Vor der staatlichen Fern-



Einige von 30.000



Workshop mit der GEW

sehanstalt, aber auch vor vielen europäischen Botschaften war eine deutliche Militärpräsenz zu beobachten.

Der Veranstaltungskalender war mit über 1200 Veranstaltungen wie Seminaren, Diskussionsforen, Workshops, aber auch Konzerten, Theaterstücken und Ausstellungen prall gefüllt. Die Themen reichten von Zugang zu Wasser über die Situation von Frauen im arabischen Raum bis hin zum Recht auf Migration. Auf diesem „Jahrmarkt der Protestbewegungen“, wie die Tageszeitung taz formulierte, waren neben Aktivist_innen für Menschenrechte und Umweltschutz, Nichtregierungsorganisationen, Globalisierungskritiker_innen und kirchlichen Basisgruppen auch zahlreiche Gewerkschaften vertreten. Aus Deutschland war die GEW allerdings die einzige Gewerkschaft, die sich am WSF beteiligte – das Fernbleiben anderer Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist mit Blick auf den Beginn von gesellschaftlichen Veränderungen in Tunesien besonders zu bedauern.

Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die seit über zwei Jahren als „arabische Revolutionen“ beschrieben werden, waren Thema einer sehr spannenden Veranstaltung, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) unter dem Namen „Revo-

lution or Evolution? – Strategies for political change in the MENA region“ organisiert wurde.

Diese Diskussionsveranstaltung wurde als Fishbowl durchgeführt: Die Diskutierenden sitzen um einen Tisch in der Mitte des Raums, wobei ein Stuhl für Mitdiskutanten und Mitdiskutantinnen aus dem Publikum frei gehalten wird. An der Diskussion beteiligten sich jeweils zwei Vertreterinnen und Vertreter aus Tunesien, Ägypten, dem Sudan und aus den Palästinensischen Gebieten. Am Anfang stand eine kurze historische Einschätzung zur arabischen Region.

Die Einleitung hob hervor, dass in den 50er und 60er Jahren die autokratischen Herrscher in den arabischen Ländern der Bevölkerung relativ eindeutig entgegenbrachten, dass sie nicht in der Lage seien, ein Land zu führen und die Bevölkerung sie deshalb als Herrscher benötigt. Im Gegenzug wurde aber versprochen, sich um die Bevölkerung zu kümmern. Mit den Einnahmen aus dem Verkauf von Erdöl konnte dies auch finanziert werden. Ab den 1980er Jahren wurde der Einfluss von liberalen Wirtschafts- und Staatsmodellen aber immer größer in der arabischen Welt. Dies führte zu einer größeren Kluft, nicht nur im Gegensatz zu den Herrschern, sondern auch zu einer finanziellen Ausdifferenzierung der Bevölke-

rung mit steigender Armut. Diese Veränderungen haben parallel in den Bevölkerungen zu einem steigenden Unmut über die politischen Systeme im arabischen Raum geführt. Dabei ist aber wichtig zu unterscheiden, mit welchen Zielen der Unmut verbunden wird. Zum einen gibt es Teile der Bevölkerung, die wieder in die Zeit zurückwollen, als es eine stärkere soziale Gleichheit in der Bevölkerung gab und die finanziellen Unterstützungen vom Staat größer waren. Sie lehnen das politische System mit aristokratischen Herrschern also nicht ab. Die andere Fraktion sieht aber gerade in dem politischen System einen Fehler und will einen Systemwechsel hin zu einer, wie auch immer ausgestalteten, demokratischen Gesellschaftsform.

Insbesondere in den Auseinandersetzungen in Ägypten und Tunesien sieht man zusätzlich noch zwei interessante Erscheinungsformen: Der Aufruhr in Tunesien ging nicht von den Moscheen aus. Islamische Parteien und Verbände hatten sich am Anfang der Umbrüche betulich gegen einen gesellschaftlichen Wandel gestellt. Sie meinten, eine Revolution wäre gegen den Koran. Es gab von ihrer Seite aus also keine Unterstützung für die Proteste. Dies veränderte sich im Laufe der Auseinandersetzungen. Es war irgendwann auch für

diese Organisationen nicht mehr möglich, sich dem gesellschaftlichen Umschwung ablehnend gegenüber zu verhalten. Seit einiger Zeit wird nun versucht, diesen Umschwung für eine eigene (islamische) Perspektive zu nutzen. Unterstützt werden solche Organisationen je nach Ausrichtung aus Saudi Arabien und dem Iran. Es wurde mehrmals darauf hingewiesen, dass massiv Gelder in den Aufbau solcher Organisationen fließen und dies durchaus zu einer großen Gefahr für die gesellschaftlichen Umwälzungen führen könne, wenn diese Kräfte weiter an Stärke gewinnen würden, da eine wie auch immer geartete demokratische Perspektive mit diesen Organisationen nicht zu machen ist.

Im Gegensatz zu den Protesten in Tunesien haben sich die islamischen Organisationen in Ägypten von Anfang an in die revolutionären Auseinandersetzungen eingemischt. So waren die Freitagsgelände oftmals der zentrale Ausgangspunkt für die Demonstrationen. Interessant war die Bemerkung, dass es im Laufe der revolutionären Situation irgendwann relativ eindeutig wurde, dass diejenigen Strömungen und Organisationen, die eine demokratische Alternative in Ägypten angestrebt haben, überhaupt nicht gesellschaftliche Macht übernehmen können! Es gab in Ägypten nur zwei Lager, die hierzu in der Lage waren: zum einen nach wie vor das Militär, zum anderen – wie bis vor kurzem noch aktuell –, die Muslimbrüder. Die Strömungen, die für eine Demokratisierung kämpften und kämpfen, sind derzeit einfach viel zu schwach, um eine Regierung stellen zu können. Des Weiteren wurde aber auch angemerkt, dass die Muslimbrüder große Probleme an der Macht hätten. So ist ein großer Teil der Basis die Bevölkerungsschicht, die stark verarmt und ungebildet ist. Und auch diese begreifen, dass die

Versprechungen der Muslimbrüder nicht umgesetzt werden.

Diese gesellschaftlichen Beschreibungen zeigen ganz deutlich die Schwierigkeiten auf, die derzeit für diejenigen Strömungen bestehen, die für eine demokratische Umwälzung in der arabischen Region kämpfen. Dies heißt aber nicht, dass sie hoffnungslos sind. Sie werden weiter machen und ihre Vorstellungen von Gesellschaft weiter kundtun. Für uns als GEW ist dabei interessant, dass immer wieder auf fehlende Bildung und die dadurch herrschende Unmündigkeit hingewiesen wurde. Insbesondere die ungebildeteren Bevölkerungsschichten würden sich von einfach klingenden Parolen überzeugen oder instrumentalisiert lassen. Damit wäre dies auch ein Punkt, an dem die GEW ansetzen könnte, indem sie die dortigen Bildungsgewerkschaften in ihrem Kampf für eine bessere Bildungssituation unterstützt.

Zum Veranstaltungsprogramm steuerte aber auch die GEW drei Workshops bei, die jeweils in Kooperation mit Gewerkschaften aus anderen Ländern organisiert wurden. Wie Bildungspolitik unter staatlichem Sparszwang in der Wirtschaftskrise aussieht, berichteten der Lehrer Florian von SNES-FSU aus Frankreich, der Gewerkschafter Henrique aus Portugal und Michael von der griechischen Gewerkschaft OLME. Eine Analyse der Austeritätspolitik lieferte für die rund 50 Teilnehmenden der Wirtschaftswissenschaftler Gunter Quaißer von der GEW: „Sparpolitik ist der falsche Weg! Um die Krise zu entschärfen, müssen die Löhne auch in Deutschland steigen und die staatlichen Ausgaben erhöht werden.“

Den Workshop am folgenden Tag hat die GEW in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und F-SYNTER, einer Bildungsgewerkschaft aus Burkina Faso, veranstaltet. Jean-

Pierre und Lydia-Yvette berichteten auf dem Podium von den Verhältnissen in ihrer westafrikanischen Heimat.

Gewerkschaften haben innerhalb von demokratischen Zivilgesellschaften eine wichtige Funktion. Deshalb organisieren sich auch in Tunesien immer mehr Arbeitnehmer_innen und setzen sich für Menschenrechte und bessere Arbeitsbedingungen ein. Ein tunesischer Kollege berichtete im dritten Workshop der GEW von der wachsenden Anzahl von Gewerkschaften in seinem Land. Die GEW hatte Kolleg_innen vom türkischen Gewerkschaftsbund des öffentlichen Dienstes (KESK) und der Bildungsgewerkschaft Eğitim Sen, zu der sie seit vielen Jahren engen Kontakt hat, aufs Podium eingeladen. Sie berichteten von der Situation in der Türkei.

Das Weltsozialforum in Tunesien bleibt mit seiner Lebendigkeit und den vielen internationalen Begegnungen nicht nur bei der GEW-Delegation lange in Erinnerung. Mit der Entscheidung für diesen Ort hat der Internationale Rat die sozialen Bewegungen unterstützt, die sich Demokratie und soziale Gerechtigkeit zum Ziel setzen und die internationale Solidarität und Vernetzung gut gebrauchen können.

Auch wenn die Veranstaltung des Weltsozialforums in Tunis als geglückt gelten kann, bleibt ein letztes Unbehagen. Denn das täglich bunte Treiben auf dem Campus mit kleinen Demos und Sprechchören hatte auch irritierende Anteile. Öffentliche Positionierungen gegen den Staat Israel sind in der arabischen Welt an der Tagesordnung. Auch auf dem Weltsozialforum war der Nahostkonflikt präsent und konnte leider wenig konstruktiv bearbeitet werden.

FLORIAN SCHUBERT
Junge GEW